

Erik Becker Becker

Chávez: ein Einschnitt in die Geschichte Venezuelas

Der Präsident der heutigen sogenannten Bolivarianischen Republik Venezuela, der marxistisch inspirierte Oberstleutnant Hugo Chávez, ist keineswegs die Ursache der zahlreichen existenzbedrohenden Probleme, vor denen sich das südamerikanische Erdöl-land sieht. Vielmehr ist dieser Präsident das Ergebnis einer fatalen vierzigjährigen Entwicklung, in deren Verlauf Venezuela in ethischer, ökonomischer, sozialer und politischer Hinsicht zunehmend an Substanz verloren und den Nährboden für eine Gesellschaft ermöglicht hat, die von einer extremen Einteilung in Arm und Reich, einem Machtverlust der Politik bzw. einem Machtzuwachs der Medien sowie einer deutlichen Paralyse der beiden traditionellen demokratischen Parteien geprägt ist. Der nach einem mehrjährigen Interim des glücklosen Pedro Carmona nach wie vor amtierende Populist Chávez gibt kaum Anlass zu optimistischen Prognosen für die Zukunft des Landes, in dem eine Wende nur durch Entwicklungen wie die deutliche Stärkung der intermediären Organisationen eingeleitet werden könnte.

Ähnlich wie in der jüngsten Weltgeschichte, in der von einem „Davor“ und „Danach“ des traumatischen 11. September gesprochen wird – einem Datum, das für immer eine tiefe Narbe in der Menschheit hinterlassen wird – so wird sich auch in Venezuela die Geschichtsschreibung nicht minder traumatisch an den 11. April 2002 erinnern, an das „Davor“ und „Danach“ von Chávez.

Deshalb möchten wir an dieser Stelle einige Bemerkungen über den „Aufstieg und Fall“ von Oberstleutnant Hugo Chávez, seit Februar 1999 Präsident Venezuelas, machen.

In der Tat war es Hugo Chávez, Venezuelas heutiger Präsident, selbst, der für einen Bruch in der Geschichte seines Landes sorgte, indem er seine Wahl zum Präsidenten im Dezember 1998 als den Beginn der so genannten Fünften Republik bezeichnete, um sich so radikal von all jenem zu differenzieren, was er selbst als „Vierte Republik“ bezeichnet hatte. Diese, so Chávez, habe ihren Ursprung im Jahre 1830, als sich Venezuela von Groß-Kolumbien trennte.

Chávez hat insbesondere darauf bestanden, sich von den letzten 40 Jahren dieser „Vierten Republik“ zu distanzieren, gerade also von jener Konsolidierungsphase, die – in Anspielung auf das 1958 von den drei damals wichtigsten Parteien Venezuelas getroffene Abkommen – als *Punto Fijo* bezeichnet wird¹⁾ und die dem Fall der letzten Militärdiktatur unter General Marcos Pérez Jiménez folgte.

Als positive Ereignisse der „Vierten Republik“ hebt Chávez meist die Diktaturen von General Juan Vicente Gómez (1908–1935) und von General Pérez Jiménez (1948–1958) hervor, da beide für die Bekämpfung der politischen Parteien in jener Epoche stehen.

In der vorliegenden Arbeit wollen wir nun zwei grundlegende Thesen hervorheben:

1. Das Erbe der Vergangenheit ist von großer Bedeutung.
2. Probleme und Ursachen der aktuellen Lage liegen eher im psychokulturellen als im sozioökonomischen Bereich.

■ Das Erbe der Vergangenheit

Unverändert ist es unsere Ansicht, dass die grundlegenden Wurzeln des Prozesses, den wir im heutigen Venezuela erleben, auf das zurückzuführen sind, was als „Eroberungstrauma“²⁾ bezeichnet wird und das vor rund 500 Jahren seinen Anfang nahm, als Christoph Columbus 1492 den Weg zum amerikanischen Kontinent fand (nach Venezuela kam er erst 1498 im Rahmen seiner dritten Amerika-Reise).

Das, was wir üblicherweise und sogar in romantischem Ton als das „Zusammentreffen zweier Kulturen“ bezeichnen, das der spanisch-europäischen mit der indigen-amerikanischen, ist, sehr einfach ausgedrückt, nichts weniger als der Ausgangspunkt der Spaltung unserer Gesellschaft – in Venezuela wie in fast ganz Lateinamerika – in Arm und Reich.

Schematisch dargestellt heißt dies, dass die Reichen von heute Nachfahren der einstigen spanischen (und später auch anderer europäischer) Konquistadoren sind, die unsere indigenen Gemeinschaften durch einen wahren kulturellen Genozid traumatisierten: Jene Konquistadoren zwangen ihnen vor allem ihre europäische Sprache und ihre christliche Religion auf, sie übergingen oder zerstörten dabei die indoamerikanischen Kulturen, um auf diese Weise das Gros der Indoamerikaner³⁾ in die Armen von heute zu verwandeln.

Natürlich kann die obige Ausführung nicht starr interpretiert werden, und selbstverständlich gab es Ausnahmen, wie die berühmten Jesuiten-Missionen in Paraguay, gab es Fälle sozialer Mobilität oder besser: „ethnischer Mobilität“.

1) *Punto Fijo* ist der Name des Privathauses von COPEI-Gründer Rafael Caldera, in dem das Abkommen 1958 unterzeichnet wurde.

2) Vgl. Erik Becker Becker, „Psychokulturelle Aspekte Lateinamerikas“, in: Matthias Herdegen / Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Lateinamerika auf dem Weg ins 21. Jahrhundert*; Bonner Botschaftervorträge, Bonn: Bouvier (Reihe Cicero), 1998; S. 46.

3) Zu denen später die aus Afrika verschleppten Sklaven traten.

Vor diesem Hintergrund wird klar, was bestimmte Personen kürzlich in Venezuela hervorgehoben haben, als sie fragten, warum beispielsweise in den Führungsetagen der PDVSA (Venezuelas staatliche Erdölgesellschaft) fast alle Manager spanischer oder europäischer Abstammung sind, es jedoch so gut wie keinen dunkler Hautfarbe gibt. Hier tritt ein weiteres Thema zu dem der Armen und Reichen, wenn Präsident Chávez selbst auf ethnische oder Rassenunterschiede anspielt, die unsere Gesellschaft spalten.⁴⁾

4) Chávez selbst weist immer wieder mit Stolz auf seine mehrheitlich indigene Herkunft hin.

5) Ab 1992, als man das 500-jährige Jubiläum der ersten Reise Kolumbus' nach Amerika feiern wollte, begann in ganz Lateinamerika eine öffentliche Kampagne, die sämtliche Folgen der so genannten Entdeckung der Neuen Welt in Frage stellte oder sogar verurteilte.

Das große Problem ist heute, dass man in Venezuela bis zuletzt in gewisser Harmonie zwischen Arm und Reich gelebt hat – und so gab es auch eine fast beispielhafte Harmonie der Ethnien: Wir waren sogar stolz auf unser Mestizentum und den Schmelztiegel unserer Gesellschaft. Doch leider sind in der jüngsten Zeit plötzlich soziale und sogar ethnische Ressentiments⁵⁾ aufgestachelt und – in demagogischer Weise – für politische Auseinandersetzungen missbraucht worden.

Zu alledem tritt ein weiterer Aspekt demographischer Natur: Gerade die Nachkommen der großen Masse der Ureinwohner (und später der aus Afrika Deportierten), also die Ärmsten der Gesellschaft, haben eine weitaus höhere Geburtenrate als die Angehörigen der reicheren Mittel- und Oberschicht, die europäische Vorfahren hat und deren Anteil an der Gesellschaft dementsprechend sinkt. Es gibt sogar Teile dieser Schicht, die auswandern – zurück in ihr altes Europa, in die USA und sogar nach Australien. Auf diese Weise gerät das einst existierende Gleichgewicht unserer Bevölkerung weiter aus den Fugen.

■ Psychokulturelles versus Sozioökonomisches

In diesem gesamten Prozess von Krise und starken Konfrontationen neigen viele Experten und Sozialforscher in erster Linie dazu, diese Probleme schlicht auf sozioökonomische Unterschiede zurückzuführen. Sofern es gelinge, die ökonomischen Chancen auszugleichen oder gar durch eine gerechte Verteilung der Güter zu nivellieren, könne man eine neue Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit errichten. Doch dies stimmt nur zum Teil. Vielmehr beharren wir auf der Feststellung, dass eigentlich der wirkliche Grund unserer Schwierigkeiten eher in unseren psy-

chokulturellen Eigenschaften liegt. Es handelt sich um ein Problem unseres Wertesystems. Das ist die große Herausforderung, die es zu lösen gilt.

Gemeint sind kulturelle Erbschaften unserer präkolumbischen Ur- (bzw. afroamerikanischen) Bevölkerung sowie auch kulturelle Erbschaften unserer spanischen Eroberer.

Als Beispiel sei an den vergeblichen Einsatz des argentinisch-europäischstämmigen Che Guevara für eine europäische Philosophie erinnert: den Marxismus, von dem er vergebens die Ureinwohner Boliviens mit seinen rein indoamerikanischen und präkolumbischen Archetypen zu überzeugen versuchte.

Unter diesen kulturellen Erbschaften Venezuelas befinden sich beispielsweise eine kräftige Dosis *machismo*, „kreolische Schläue und Durchtriebenheit“ des „Schlitzohrs“ oder die „Resignation“ als angeblich religiöser Wert. Ganz zu schweigen von der magisch-religiösen Welt mit sowohl indigenen wie afrikanischen Wurzeln, etwa dem Kult der „María Lionza“ mit all seinem Aberglauben. All dies prägt unsere Realität und unsere Probleme.

■ **Zwei Venezuelas – Kollaps von 40 Jahren Demokratie**

Es ist sehr schmerzlich festzustellen, dass Venezuela in vierzig Jahren stabiler Demokratie seit 1958 die große Chance verschenkte, seine großen Probleme zu lösen: die sozialen, die wirtschaftlichen, doch insbesondere die menschlichen.

Wenn hier von menschlichen Problemen die Rede ist, bedeutet dies, dass das umfassendste und schwerwiegendste Scheitern Bildung und Erziehung betrifft.

Dass in der Praxis zwei unterschiedliche Realitäten im venezolanischen Erziehungs- und Bildungswesen bestehen, hat die bestehende Kluft innerhalb unserer Gesellschaft eher vertieft und verhärtet, so dass nun tatsächlich zwei Venezuelas entstanden sind: nicht nur ein Venezuela der Reichen und eines der Armen, sondern – noch problematischer – das der besser Ausgebildeten und das jener, die für eine Marginalexistenz ausgebildet wurden. Und dieser Unterschied ist nicht so sehr quantitativer, sondern essenziell qualitativer Natur!

Mittel- und Oberklasse kamen in den Genuss des privaten Bildungswesens, während den Ärmeren nur die öffentlichen Schulen offen standen. Und ganz allgemein unterlag das öffentliche Bildungswesen in Venezuela in den vergangenen Jahren einem steten Zerfall, wodurch es zunehmend mangelhaft wurde und, noch schlimmer, praktisch nicht mehr jene Grundwerte vermittelt, die den nachkommenden jungen Menschen jenes Selbstvertrauen und den Wunsch verleihen, über sich selbst hinauszuwachsen. Ganz im Gegenteil hat sich das genannte Bildungssystem zunehmend marginalisiert.

Diese zuletzt vorgebrachte Idee ist nicht kategorisch: Sie bezieht sich nur auf eine wachsende Tendenz, insbesondere in der jüngsten Generation. Selbstverständlich gibt es etliche qualitativ hoch stehende öffentliche Schulen und Gymnasien. Gerade in der Provinz, im Landesinnern, war das öffentliche Bildungswesen einst vorzüglich. Und selbstverständlich gibt es auch ausgesprochen schlechte Privatschulen.

Die große Herausforderung für die Demokratie bestand in Venezuela seit jeher in der Lösung des schrecklichen Dramas des Bildungswesens, doch dies gelang ihr nie. Nie gelang es, allen Venezolanern gleichermaßen die Gelegenheit und das gleiche Recht auf eine wahrhaft umfassende Ausbildung einzuräumen – und das auf einem gleichen Niveau hoher und höchster Qualität.

Diese beiden Realitäten des Bildungswesens in Venezuela sind einer der Hauptgründe für alle unsere Übel. Hier sind die beiden Venezuelas am stärksten auseinander gegangen.

Das gleiche geschah auf allen anderen Ebenen: der sozialen, der wirtschaftlichen und der kulturellen – immer entwickelten sich zwei parallele Venezuelas.

Ein weiteres dramatisches Beispiel für diese zwei Venezuelas erleben wir in der schwerwiegenden sozialen Diskriminierung bei den Soldaten. Den obligatorischen Wehrdienst leisten nur die jungen Männer aus den ärmsten ländlichen Gegenden und den Armenvierteln der Städte ab. Im Gegensatz dazu kommen ihm die Jugendlichen der mittleren Klassen oder der Oberschicht niemals nach, weil sie immer irgendwelche Ausflüchte oder Ausnahmen finden, die sogar noch durch das Gesetz gedeckt werden. Dadurch ent-

steht natürlich eine große soziale Ungerechtigkeit, was wiederum unser *Leitmotiv* von der Existenz zweier Venezuelas bekräftigt. In jedem entwickelten Land der Welt, in Deutschland, ja sogar in den Vereinigten Staaten, leisten alle, sogar die Jugendlichen an den Universitäten, in gleicher Form ihren obligatorischen Wehrdienst ab.

In ethischer Hinsicht sind der gesamten Bevölkerung auf allen sozialen Ebenen nach und nach ihre Werte abhanden gekommen. Die Arbeitsmoral liegt fast am Boden. Die neue Arbeitsgesetzgebung ging sogar so weit, dass paradoxerweise Nachlässigkeit bei der Arbeitsausübung durch doppelte und sogar dreifache Entschädigungszahlungen belohnt wurde. Der Familiensinn ist in alarmierender Weise verloren gegangen. Die geleugnete Vaterschaft hat ein schwerwiegendes Ausmaß erreicht und die Zahl der so genannten Straßenkinder um ein Vielfaches vermehrt. Die so positive und notwendige Präsenz der Kirche und ihr Einfluss sind beträchtlich zurückgegangen. Kulturell gesehen hat Venezuela viel von seiner eigenen Identität und damit, im Grunde genommen, von seiner eigenen Wertschätzung verloren.

Ein großer vorherrschender Faktor war die in Venezuela allmählich entstehende politische Kultur des Populismus. Zu Beginn waren die Erwartungen mehr abstrakterer Natur – wie Freiheit oder Frieden. Diese Erwartungen nahmen aber im Laufe der Zeit konkretere Gestalt an bzw. äußerten sich im Streben nach materiellem Wohlstand. Und so entstand unter den Politikern und den Parteien eine Art Marathon, bei dem es darum ging, sich gegenseitig zu überbieten, um so die Wählerstimmen zu erhalten. Das nahm dann aber ein solches Ausmaß an, dass den Wählern Dinge geboten wurden, die nicht zu verwirklichen waren. Und die Politiker glaubten, dass sie mit dem Erdöl das große Venezuela mit Reichtum und Überfluss schaffen konnten, aber die Bevölkerung nahm sowohl durch das eigene demographische Wachstum als auch durch die armen Zuwanderer, die in mehreren Wellen aus den Nachbarländern eintrafen, mit atemberaubender Geschwindigkeit zu. Und so reichte das Erdöl immer weniger. Das durch das Erdöl pro Kopf der Bevölkerung erwirtschaftete Inlandsprodukt sank immer weiter ab, während die materiellen Erwartungen jedes Einzelnen immer größer wurden.

Deshalb konnten die Wahlversprechen immer weniger gehalten werden und in der Bevölkerung entstand eine immer größere Unzufriedenheit, die in den gegen Präsident Carlos Andrés Pérez gerichteten Unruhen vom 27. Februar 1989 gipfelte. Die Unzufriedenheit entstand aber nicht nur wegen der unerfüllten Erwartungen der Bevölkerung, sondern auch aufgrund der zunehmenden Straffreiheit für zahlreiche öffentliche Bedienstete, die in Korruptionsfälle verwickelt waren. Das alles wurde durch die Massenmedien schonungslos hochgespielt und führte zu einem ausgeprägten Misstrauen gegenüber der Politik. So entwickelte sich in der öffentlichen Meinung, insbesondere unter dem Mittelstand, eine Grundströmung, nach der die Politik das größte Übel sei. Als Konsequenz daraus kam die Ansicht auf, dass sich anständige Leute nicht mit Politik beschäftigen sollten. Das führte dann dazu, dass viele qualifizierte Fachleute davon Abstand nahmen, in der öffentlichen Verwaltung mitzuarbeiten und Verantwortung in öffentlichen Ämtern zu übernehmen.

In ökonomischer Hinsicht hat sich das Einkommensmodell erschöpft. Die Demokratie hat es weder vermocht sich vom Erdölmonopol zu lösen noch die Ökonomie zu diversifizieren und das Entstehen kleiner und mittlerer Produzenten zu fördern, um so neue Arbeitsplätze für den einfachen Bürger und dadurch einen breiten Mittelstand zu schaffen. Wir haben hier eines der schwerwiegendsten Strukturprobleme unseres Landes. Venezuela war immer ein Land mit einer Mono-, Primär- und Exportwirtschaft.

Im 19. Jahrhundert beruhte unsere Ökonomie im Wesentlichen nur auf dem Export von Kaffee und Kakao. Dieser Bereich wurde vom Privatsektor – den Grundbesitzern bzw. den Händlern – kontrolliert und erforderte Anstrengungen und Opfer seitens der Bevölkerung.

Im 20. Jhd. waren wir auch weiterhin ein Land mit einer Mono-, Primär- und Exportwirtschaft, allerdings waren Kaffee und Kakao jetzt durch das Erdöl ersetzt worden und es gab zwei grundlegende Variablen:

- a) Die Erdölwirtschaft befindet sich nicht in den Händen von Privatleuten, sondern wird vom venezolanischen Staat betrieben, da juristisch gese-

hen in Venezuela der Staat Eigentümer von Grund und Boden ist. So ist es bereits seit der Kolonialzeit, als die spanische Krone die Besitzerin des Bodens war.

- b) Auf Grund der immer neueren Technologien verlangte die Erdölwirtschaft der Bevölkerung immer weniger Anstrengungen und Opfer ab, wodurch die Verbreitung eines unserer größten Übel – alles auf die leichte Schulter zu nehmen und fehlende Arbeitsmoral – gefördert wurde.

Angesichts dieser Realität wurden die Gewinne aus dem Erdölgeschäft unter der Bevölkerung nicht nach Produktivitäts- oder Leistungskriterien, sondern allein nach politischen Erwägungen verteilt. Der Staat ist der allmächtige Besitzer des Erdöls und dies ist die Ursache für die großen Bemühungen der Politiker, an die Macht zu kommen, um so die Verwalter unseres größten nationalen Reichtums, des Erdöls, zu werden. Neben anderen Übeln hat dies natürlich auch Korruption in großem Ausmaß gefördert.

In sozialer Hinsicht führten der wachsende Abbau der Landwirtschaft und deren Substituierung durch das Erdöl zu einer großen Abwanderung vom Land in die Städte. Die Bauern gaben ihre Felder auf, um in die Randgebiete zu ziehen. Dies führte zu der so genannten „Ruralisierung“ der Städte und dem Entstehen großer Elendsviertel um diese Städte herum. Hier muss man noch die große Zahl illegaler Einwanderer aus den Nachbarländern, vor allem aus Kolumbien und den anderen Andenländern, anführen, die im Allgemeinen die ärmsten und am meisten ausgegrenzten Bewohner dieser Länder waren und nach dem Erdölboom von 1973 in besonderer Weise zum Anwachsen dieser Elendsviertel in den Städten beitrugen. Der explosionsartige Anstieg dieser Wanderungsbewegungen sowohl innerhalb des Landes als auch von außen konnte von den Städten nicht verkraftet werden. Es kam zu einem Zusammenbruch der öffentlichen Dienstleistungen und einer Konsolidierung der großen Zahl der sozial Ausgegrenzten. 1958 lebten nur 20 Prozent der Einwohner von Caracas im sozialen Abseits. Gegenwärtig sind es über 60 Prozent, d.h., ungefähr zwei Drittel der Bevölkerung von Caracas sind sozial ausgegrenzt. Die Demokratie, das heißt, die Parteien und Politiker der so genannten Zeit des *Punto Fijo* der letzten 40 Jahre, vermochte

und verstand es nicht, entsprechend auf die sich aus dieser explosionsartigen Zunahme der marginalisierten Bevölkerung ergebenden Probleme einzugehen. Im Gegenteil, sie förderte dies vielmehr noch durch eine demagogische Politik. Der bekannteste Fall war der so genannte „Notstandsplan“ der Regierung von Wolfgang Larrazábal aus dem Jahr 1958, auf dessen Grundlage tausende Personen aus den Provinzen nach Caracas abwanderten und dort zahlreiche Elendsvierteln gründeten.

In politischer Hinsicht haben sich die großen traditionellen Parteien, deren Hauptziel entsprechend ihrer pädagogischen und orientierenden Rolle das Vermitteln zwischen Volk und Staat sein sollte, nach und nach verschlissen und dabei ihre Ideale bzw. ihre Lehren vergessen. Sie wurden zu einfachen Wahlmaschinen, um ihre Macht und die persönlichen Interessen ihrer Führer zu festigen. Deswegen verstanden sie es auch nicht, sich in ihrem Inneren zu erneuern und neuen, jungen Führungspersonlichkeiten eine Chance zu geben. Ein Beweis dafür ist die wiederholte Aufstellung bzw. die Wiederwahl der Präsidenten Carlos Andrés Pérez und Rafael Caldera. Das gleiche Problem gab es auch durch den Zentralismus: Alles wurde von Caracas aus entschieden. Bei den Wahlen zu den Regionalparlamenten und Gemeinderäten, ja sogar der Bürgermeister, hatten die Parteispitzen das letzte Wort und entschieden über die Kandidaturen oder die Zusammensetzung der Parteilisten. Der Gerechtigkeit willen muss man auch unterstreichen, dass in den neunziger Jahren schließlich der Dezentralisierungsprozess eingeleitet wurde: Von da an wurden die Gouverneure und Bürgermeister direkt von der Bevölkerung gewählt und es wurde das Direktmandat eingeführt.

Ein weiterer sehr negativer Aspekt war die ständige gegenseitige Verunglimpfung der beiden großen Parteien – Copei und Acción Democrática –, die sich gegenseitig beschuldigten, in großem Maße korrupt zu sein. Das Ergebnis war, dass die meisten Wähler beiden glaubten und damals dachten, dass beide Parteien gleich korrupt sind und man sie deswegen durch ein neues Antiparteiensystem ersetzen müsse.

Das erste Phänomen, das hier hervorzuheben wäre, ist, dass die gesellschaftlichen Massenmedien in Venezuela, das heißt, die so genannte Macht der Medien im

Land, zu einer neuen politischen Macht geworden sind. In Anbetracht der allgemeinen Schwächung und des Verlustes an Ansehen und Glaubwürdigkeit der alten, großen Parteien des Landes, haben die Massenmedien praktisch diese Parteien in ihrer Rolle, den Wählern in den entscheidendsten Augenblicken des Landes als Orientierungshilfe zu dienen, ersetzt.

Man kann sagen, dass die Macht der Medien nach und nach das von der politischen Macht hinterlassene Vakuum (wobei eben diese Medien durch ihre heftige Kritik an den alten traditionellen Parteien sicherlich auch zum Entstehen eben dieses Vakuums beitrugen) ausgefüllt haben. Oder ausführlicher gesagt: die Macht der Medien hat das durch die zunehmende Entinstitutionalisierung in unserem Land entstandene Vakuum ausgefüllt. Die intermediären gesellschaftlichen Organisationen haben immer mehr an Glaubwürdigkeit oder Effektivität verloren bzw. sind einfach verschwunden und ihre Rolle wurde nach und nach von den Medien eingenommen.

Der Gerechtigkeit halber muss gesagt werden, dass nicht alles aus den 40 Jahren der Zeit des *Punto Fijo* in Venezuela schlecht war. Im Gegenteil, eine ganz neue Generation von Venezolanern hat eine solide Demokratie aufgebaut. Das ist schon wahr, allerdings nur eine „repräsentative Demokratie“ und keine „partizipative Demokratie und auch keine „soziale Demokratie“. Es wurde ein echter Rechtsstaat geschaffen und schließlich auch ein großer Freiheitssinn und Respekt gegenüber den Institutionen entwickelt.

Die Zahl der Studierenden an Hochschuleinrichtungen hat sich in allen Provinzen vervielfacht (ein anderes Problem war die Qualität eben dieser Bildungseinrichtungen). Und 1961 wurde eine beispielhafte Verfassung angenommen, die von den besten Verfassungen der Welt, insbesondere dem deutschen Grundgesetz, inspiriert wurde.

■ **Das Phänomen Chávez und die Bolivarianische Revolution**

Angesichts des zunehmenden Zerfalls des Landes in jeglicher Hinsicht sowie der Unfähigkeit und mangelnden Effizienz der traditionellen Parteien, die großen Probleme sukzessive zu lösen oder ganz zu überwinden – darunter die zunehmende soziale Aus-

grenzung, massive Korruption und weitere Übel –, entstand ein Ambiente der Parteien- und Politikfeindlichkeit, bis schließlich dank der entscheidenden Hilfe und des Einflusses der Massenkommunikationsmittel ein neuer messianischer Anführer beziehungsweise Erlöser die Bühne betrat: Oberstleutnant Hugo Chávez.

Chávez taucht nicht nur als der erlösende Messias, sondern auch als der Strafer und Rächter an den Politikern auf. Deswegen ist auch die Sprache von Chávez in vielen Fällen so aggressiv.

Vor dem Hintergrund der voranschreitenden Entinstitutionalisierung des Landes und der Schwächung der so genannten gesellschaftlichen Mittlerorganisationen⁶⁾ waren es die Massenmedien, die das politische Vakuum ausfüllten.

Es muss hervorgehoben werden, dass, wenn es Chávez nicht gegeben hätte, zwangsläufig früher oder später ein anderer Chávez oder ein Äquivalent aufgetaucht wäre. Es ist schlicht so, dass der immer stärkere Zerfall der venezolanischen Gesellschaft und ihrer Werte unausweichlich auf eine große Krise zusteuerte.

Mit anderen Worten: Chávez ist nicht die Ursache aller Probleme, sondern nur ein Ergebnis der genannten Probleme!

Genauso, wie einst so gut wie niemand Hitlers *Mein Kampf* gelesen hatte, um zu erfahren, was dieser wirklich dachte, geschah es auch in Venezuela: Praktisch niemand kannte das marxistische Vorleben von Chávez.

Zur allseitigen Überraschung glaubten fast alle in Venezuela, dass die Guerilla der Jahre 1960 bis 1962 verschwunden war. Tatsächlich war sie militärisch besiegt und Präsident Rafael Caldera ermöglichte den Ex-Guerillakämpfern sogar in seiner ersten Amtszeit von 1969 bis 1974 die Wiedereingliederung in die demokratische Gesellschaft mit seiner berühmten Politik der *pacificación*, der „Befriedung“. In der Tat nahm die große Mehrheit der Ex-Guerilleros das Befriedungs-Angebot an, um sich wie alle anderen Parteien an den Wahlen zu beteiligen. Doch unterdessen wollte der große Guerilla-Führer Douglas Bravo nicht klein begeben und entschied, sich auf die große Strategie zu verlegen, die Streitkräfte zu unterwandern. Der Sieg würde nie gegen die Militärs errungen

6) Der Begriff „Organismos Intermedios de la Sociedad“ bezeichnet all jene gesellschaftlichen Organisationen, die in der Ebene zwischen Staat und Individuum angesiedelt sind: Gewerkschaften, Kirchen, Vereine, Nicht-Regierungs-Organisationen (NROs), usw.

werden, sondern dadurch, indem man sie durchsetzte und für sich gewann. Schon für das Jahr 1980 gehen Schätzungen davon aus, dass es in den Streitkräften rund 170 marxistisch eingestellte Offiziere gab, davon die Mehrzahl im Heer, einige wenige auch in der Luftwaffe.

Doch handelte es sich um einen Marxismus à la Venezolana: Douglas Bravo entwickelte ein neues Theoriegebäude mit der Bezeichnung „Der Baum der drei Wurzeln“, die für drei große Persönlichkeiten unserer Geschichte stehen: Simón Bolívar, Simón Rodríguez und Ezequiel Zamora.

Vom Freiheitskämpfer Simón Bolívar entliehen sie die Idee des „Großen Lateinamerikanischen Vaterlandes“ sowie den Kampf gegen die Korruption; vom Pädagogen Simón Rodríguez übernahmen sie die Idee vom „Erfinden oder Irren“; auf Ezequiel Zamora ist der Kampf gegen die Oligarchie und damit der Klassenkampf zurückzuführen. So entstand, was Pedro Duno in einem Dokument als „bolivarianischen Marxismus-Leninismus“ kennzeichnete.

Mit diesen Ideen begannen sie, die Streitkräfte zu unterwandern. Einer der Pioniere war dabei der Oberstleutnant der Luftwaffe William Izarra, so dass schon in den achtziger Jahren Hugo Chávez und Francisco Arias Cárdenas als Führer des MBR-200 in Erscheinung treten – dem Vorläufer der heutigen „Bewegung Fünfte Republik“, der Achse der Chávez-Regierung.

Tatsächlich unterhielten diese marxistisch eingestellten Offiziere in verdeckter Form rege Kontakte mit dem Irak, mit Libyen, Algerien und Kuba sowie mit China und der Ex-Sowjetunion.

Wirklich überraschend ist, dass die obere Führungsebene des Militärs dieser Situation nicht die notwendige Aufmerksamkeit schenkte: Sie wurde schlicht unterschätzt. Oder fehlte der Mut, dagegen anzugehen?

Es gab sogar Verteidigungsminister, wie etwa die Generäle Fernando Ochoa Antich und Italo del Valle Alliegro, die von den heimlichen Machenschaften dieser Offiziere wussten, jedoch keine Gegenmaßnahmen einleiteten. Diese merkwürdigen Sachverhalte erklären, warum sich Chávez und die anderen Putschoffiziere des 4. Februar 1992 in Schlüsselpositionen des Truppenkommandos befanden.

Der Umstand, selbst Soldat zu sein, war ständige Quelle für Chávez' Traum, dass die Bolivarianische Revolution immer zivil-militärisch sein müsse: „Nur durch die Einheit von Volk und Streitkräften wird sie Wirklichkeit.“

Natürlich muss man hervorheben, dass ein guter Teil der Angehörigen unserer Streitkräfte, wenn man so will, im besten Sinne des Wortes plebejischer Herkunft ist. Viele intelligente Jugendliche, die etwas erreichen wollen, aber über geringe Mittel verfügen, haben die Streitkräfte als den besten, ja fast sogar als den einzigen Weg gesehen, um in unserer Gesellschaft nach oben zu kommen. Innerhalb unserer Streitkräfte gibt es eine wirklich hervorragende soziale Mobilität.

Bei den meisten Streitkräften der übrigen Länder Lateinamerikas führt die Bildung, die man dort den zukünftigen Offizieren angedeihen lässt, bei diesen zu einer Abschottung gegen marxistisch ausgerichtete Ideologien. Im Gegensatz dazu gab es in Venezuela aus verschiedenen soziologischen Gründen bei einigen Jugendlichen der Militäarakademie dafür eine gewisse Aufgeschlossenheit, und sie nahmen mit Sympathie die ideologischen Ausführungen der extrem linken Bewegungen auf.

Während die Offiziere verschiedener Armeen anderer Länder Lateinamerikas aus den gesellschaftlich oder wirtschaftlich herrschenden Klassen stammen oder mit ihnen verbunden sind, ist die Situation in Venezuela anders. Die meisten unserer Offiziere kommen aus dem Mittelstand oder den Klassen des Volkes. In Venezuela hat sich innerhalb der Streitkräfte nie eine „aristokratische Elite“ gebildet, wie das in anderen Ländern der Fall war. Die venezolanische Bourgeoisie hatte von sich aus nie die Absicht, in die Zentralmacht oder Regierungsgewalt und auch nicht in die Streitkräfte einzudringen, sondern verwendete ihre Anstrengungen vielmehr auf die Kontrolle der aus dem Erdölgeschäft stammenden Einnahmen.

Nach dem gescheiterten Putschversuch gegen Präsident Carlos Andrés Pérez vom 4. Februar 1992 wurden Chávez und seine Mitstreiter inhaftiert, bis ihnen im März 1994 der nun amtierende Präsident Rafael Caldera die Freiheit gewährte. Von diesem Tag an leitete Chávez einen langsamen, aber stetigen Pro-

zess ein, um die Macht zu erlangen – diesmal jedoch über die Wahlurnen.

Anfangs beherrschten noch die beiden großen Traditionsparteien das politische Geschehen des Landes, und 1998 schienen sie das Panorama zu dominieren: Die christlich-soziale COPEI fühlte sich mit der Kandidatur von Irene Sáez, der einstigen Schönheitskönigin und Ex-Bürgermeisterin des Caracas-Stadtteils Chacao, bereits als Gewinnerin der Wahlen. In Sicherheit wiegte sich gleichermaßen die sozialdemokratische Partei Acción Democrática, die mit ihrem Führungsveteranen Luis Alfaro Uceró als Kandidaten antrat.

Doch in der Bevölkerung gewann eine Anti-Parteien- und Anti-Politikhaltung zunehmend an Gewicht, was insbesondere von der Mehrzahl der Massenmedien angefacht wurde.

In diesem Jahr 1998, nach 40 Jahren solider politischer Demokratie, wuchsen die sozialen Probleme des Landes in Schwindel erregender Weise und die Parteien zersetzten sich angesichts von Korruption und völliger Ineffizienz in der Regierung. Es kam zu einer wahren Entinstitutionalisierung und die intermediären gesellschaftlichen Organisationen wurden zusehends schwächer. In das entstehende politische Vakuum traten die Massenmedien.

Diese Medien trugen hauptsächlich zum Aufbau der Figur Chávez als des großen Messias und Erlösers bei.

Die Kandidatur von Chávez gewann an beträchtlicher Unterstützung. Er konnte mit der Sympathie vieler Massenmedien rechnen. Diese Situation erschreckte die großen traditionellen Parteien und sie entschieden einen Monat vor den allgemeinen Wahlen vom Dezember 1998, die Parlaments- und Gouverneurswahlen von den Präsidentschaftswahlen zu trennen und zogen die ersteren auf den 8. November 1998 vor. Die neue Bewegung von Chávez, der so genannte Polo Patriótico, gewann bei diesen Wahlen ein Drittel aller Parlamentsmandate (Abgeordnete und Senatoren) und acht der 23 Gouverneurssitze des Landes.

Einen Monat später gewinnt der 44-jährige Hugo Chávez am 6. Dezember 1998 mit 56 Prozent der Stimmen die Präsidentschaft der Republik. Sein Hauptwidersacher, der ehemalige Gouverneur des

Staates Carabobo, Henrique Salas Römer, der mütterlicherseits deutsche Vorfahren hat, erhält mit Hilfe seiner eigenen Partei Proyecto Venezuela und mit der in letzter Minute gewährten Unterstützung der beiden großen Parteien, der sozialdemokratischen Acción Democrática und der christlich-sozialen Copei, etwas über 40 Prozent der Stimmen.

Gerade einmal drei Tage vorher hatten die beiden großen traditionellen Parteien unter dem Einfluss des Schreckens des bevorstehenden Sieges Chávez' beschlossen, ihre eigenen Kandidaten, Luis Alfaro Ucero, den alten Führer der Demokratischen Aktion, und Irene Sáez, die ehemalige Schönheitskönigin und frühere Bürgermeisterin von Chacao, die für die Copei angetreten war, zurückzuziehen und übertrugen so noch im letzten Augenblick ihre Stimmen auf den Kandidaten Salas Römer.

Tatsächlich wurde die Wahl im Dezember 1998 für die großen Parteien zu einem wahren Debakel. Im letzten Moment entschlossen sie sich, die Kandidatur von Henrique Salas Römer zu unterstützen, der für die neue Partei Proyecto Venezuela antrat. Dennoch gewann Chávez die Wahlen.

Am 2. Februar 1999 leistete Chávez vor dem Nationalkongress den Amtseid als neunter verfassungsmäßig gewählter Präsident Venezuelas seit dem Sturz des Diktators Pérez Jiménez im Jahr 1958. In diesem Amtseid bezeichnete er jedoch die seit 1961 gültige Verfassung als „im Sterben liegend“ und kündete die unmittelbar bevorstehende Unterzeichnung eines Dekretes über die Einberufung eines Referendums an, durch das eine verfassungsbildende Nationalversammlung mit dem Ziel geschaffen werden sollte, eine neue Verfassung, die zukünftige „Bolivarianische Verfassung“ nach dem Bilde Bolívars zu erarbeiten.

In einem Referendum wurde am 15. Dezember 1999 die neue Verfassung vom Volk mit großer Mehrheit angenommen. Diese Verfassung unterscheidet sich nicht allzu sehr von ihrer Vorgängerin aus dem Jahr 1961.

Durch diese neue Verfassung entsteht ein äußerst übersteigter Präsidentialismus: Die Amtszeit des Präsidenten wird von fünf auf sechs Jahre erweitert; die mögliche unmittelbare Wiederwahl des Präsidenten ist vorgesehen (nach der früheren Verfassung von 1961 konnte der Präsident erst nach zehn Jahren wie-

der gewählt werden). Damit ist Chávez der einzige Präsident in Lateinamerika, der mit einer Amtszeit von jeweils sechs Jahren ununterbrochen zwölf Jahre an der Macht bleiben kann. Statt das Amt eines Premierministers vorzusehen, der direkt vom Parlament oder sogar vom Volk direkt gewählt werden könnte, wurde das Amt eines Vizepräsidenten der Republik geschaffen, der nur vom Präsidenten direkt ernannt wird und jederzeit vom Präsidenten ausgewechselt werden kann. So hatten wir in den letzten drei Jahren bereits vier verschiedene Vizepräsidenten.

Nach der neuen Verfassung wird das Parlament nicht mehr an Evaluierungen für die Beförderung der hohen Offiziere beteiligt. Das heißt, nur der Präsident hat in seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber der Streitkräfte das letzte Wort, wenn es um die Beförderung von Militärangehörigen geht.

Durch diese Bestimmungen der neuen Verfassung wird der Präsident groß und allmächtig.

Durch die neue Verfassung wurde die Bezeichnung Venezuelas geändert. Jetzt heißt es Bolivarianische Republik Venezuela.

Zu den Neuheiten der neuen Verfassung gehört insbesondere die Schaffung von fünf Gewalten anstelle der traditionellen drei Gewalten (Exekutive, Legislative und Judikative). Es werden zwei neue Gewalten, die Wahlgewalt und die Bürger- oder moralische Gewalt geschaffen. Zu der moralischen Gewalt gehört der Rechnungsprüfer und der Generalstaatsanwalt und hier wird auch das Amt des Ombudsmann angesiedelt.

Es fällt auf, dass in der neuen Verfassung die Existenz der Parteien als wesentlicher Bestandteil jeder Demokratie ignoriert wird.

Eine weitere wichtige Neuerung besteht darin, dass den Streitkräften die Möglichkeit eingeräumt wird, sich an der Politik zu beteiligen und über Politik zu beratschlagen. In der früheren Verfassung hatten die Angehörigen der Streitkräfte kein Wahlrecht. Jetzt können sie wählen, sie können aber kein mit einer Wahl verbundenes Amt annehmen.

Ein neuer, sehr gerechter und positiver Aspekt ist, dass in dem neuen Parlament, das jetzt nur noch aus einer Kammer besteht (früher waren es zwei), immer drei indigene Abgeordnete vertreten sein müssen. Sie werden direkt durch die Angehörigen unserer indo-

amerikanischen Ethnien gewählt (in Venezuela leben ungefähr eine halbe Million Indianer, bei einer Gesamtbevölkerung von ungefähr 24 Millionen Einwohnern). In diesem Sinne ist der sehr schöne Anfang der neuen Verfassung hervorzuheben, wo darauf verwiesen wird, dass wir ein multikulturelles und plu-riethnisches Land sind.

Eine weitere positive Neuerung besteht darin, dass jetzt die doppelte Nationalität anerkannt wird.

In der neuen Verfassung fallen zahlreiche Artikel auf, die mit den Menschenrechten im Zusammenhang stehen. Dabei ragt ein Artikel heraus, in dem das Recht auf die „wahrhafte Information“ durch die Massenmedien garantiert wird. Dieses Thema ist in der Vergangenheit in sehr kontroverser Form diskutiert worden.

Als Konsequenz dieser neuen Verfassung bestand Chávez darauf und verfügte, dass der gesamte Bereich der öffentlichen Gewalt „erneut legitimiert“ werden müsste. So wurden dann am 30. Juli 2000 die so genannten Megawahlen abgehalten, bei denen erneut der Präsident, die Abgeordneten der neuen Nationalversammlung, die den alten Kongress bzw. das Zweikammernparlament ablöste, die Gouverneure, die Regionalparlamente, die jetzt als Staatliche Legislativräte bezeichnet werden, die Bürgermeister, der Oberbürgermeister der Stadt Caracas und der Stadtrat von Groß-Caracas gewählt wurden.

Durch diese Wahlen zu seiner „erneuten Legitimierung“ ignorierte Chávez die beiden vorangegangenen Jahre seines Präsidentenmandates und übernahm als neuen Beginn seiner Präsidentschaft den Termin dieser neuen Wahlen vom Juli 2000. Damit wird er in seiner ersten Amtszeit statt sechs Jahre in Wirklichkeit acht Jahre ununterbrochen regieren.

Anschließend wurden nach diesem gleichen Schema der „erneuten Legitimierung“ am 3. Dezember 2000 die Stadträte und Stadtbezirksvertretungen gewählt. Ganz gewiss hat Chávez diese Gelegenheit genutzt und die Wähler vor ein Referendum gestellt, um so in die Gewerkschaftsbewegung des Landes eingreifen zu können.

Seit den Wahlen vom Dezember 1998 bis Ende 2000 gab es sieben Wahlen im Land, alle ergaben positive Resultate für Chávez.

Doch seit Beginn seiner Präsidentschaft zeichnete sich Chávez durch einen konfliktiven und auf Konfrontation bedachten Stil aus, der sehr autoritär und abwertend ist. Dabei ging er aggressiv auf Konfrontationskurs mit allen althergebrachten Parteien, der Katholischen Kirche, den Massenmedien, der Fedecámaras (dem Verband der Industrie- und Handelskammern) und mit der CTV (Gewerkschaftsdachverband).

Hinzu kam, dass Chávez in undifferenzierter Weise die gesamte Mittelschicht des Landes angriff, die er als „oligarchisch“ und „wenig repräsentativ“ bezeichnete. Mit diesem Schritt vertiefte er die Spaltung des Landes, indem er soziale und sogar ethnische Ressentiments aufstachelte.

Der persönliche Stil von Chávez führte ihn dazu, keinen Vorschlag anzunehmen oder keinem Vorschlag nachzugeben, sofern dies nicht seinen eigenen Ideen entsprach. Dies geschah etwa in den letzten Monaten des Jahres 2001, als Chávez per Dekret 49 Gesetze, die in einem Bevollmächtigungsgesetz (Ley Habilitante) zusammengeschlüsselt waren, erließ. Im Paket befand sich ein „Bodengesetz“, das die Besitzer landwirtschaftlicher Betriebe als negativ betrachtete. Die verschlossene Haltung Chávez, der sich einem Dialog über diese Fragen verweigerte, veranlasste die Unternehmerschaft Venezuelas, für den 10. Dezember 2001 den ersten landesweiten Streik gegen Chávez zu organisieren.

Im März 2002 veranlasste Chávez grundlegende und spürbare Veränderungen in der obersten Führungsebene der staatlichen Erdölgesellschaft PDVSA, und zwar in Form eines Spektakels, bei dem Chávez höchstpersönlich und Name für Name den Rauschmiss einer Reihe von Führungskräften des Erdölunternehmens verkündete. Umgehend rief die Gewerkschaft CTV aus Solidarität mit den Arbeitern und Angestellten der PDVSA für den 9. April einen Generalstreik aus. Der Streik hielt einen Tag länger an, bis zum 10. April, und so fiel die Entscheidung, am 11. April einen großen Marsch von Caracas' Ost-Park bis zum Sitz der PDVSA in Chuao (im Osten der Stadt) durchzuführen. Doch als man angesichts der massiven Teilnahme den großen Erfolg des Marsches erkannte, ging es spontan weiter bis ins Zentrum von Caracas – das Ziel: die Tore des Präsi-

tenpalastes von Miraflores. In diesem Moment ereignete sich das Massaker, bei dem 18 Menschen von Heckenschützen erschossen wurden.

■ Die Ereignisse vom 11. bis zum 13. April 2002

Aus Anlass des Streiks, der am 9. April aus Protest gegen die Beschimpfungen und die Willkür gegenüber den PDVSA-Angestellten und -Geschäftsführern begann, beschlossen die staatliche Erdölgesellschaft, die Coordinadora Democrática, die CTV und Fedecámaras, zu einem Solidaritätsmarsch am Donnerstag, den 11. April, aufzurufen, der ausgehend vom Ost-Park Caracas' bis zum PDVSA-Sitz im Stadtteil Chuao führen sollte. Bis zu diesem Datum handelte es sich um die größte Menschenansammlung in Venezuelas politischer Geschichte: annähernd eine Million Teilnehmer. Angesichts dieser menschlichen Lawine verbreitete sich ein solcher Enthusiasmus, dass spontan zunächst der Entschluss gefasst wurde, bis ins Stadtzentrum von Caracas weiterzugehen, später sogar bis vor die Tore des Präsidentenpalastes im Stadtteil Miraflores.

Angesichts dieser Ereignisse gab es zwei Reaktionen:

- Einerseits riefen Chávez und seine Leute die „Bolivarianischen Kreise“ zusammen, damit diese sich nach Miraflores begaben, um dort „ihre Revolution zu verteidigen“.
- Präsident Chávez erteilte den Befehl ans militärische Oberkommando, gemäß dem „Plan Ávila“ vorzugehen, um mit militärischer Macht die oppositionellen Demonstranten zurückzuschlagen.

In der Tat eröffneten zahlreiche Heckenschützen das Feuer auf die wehrlose Menge, als sie sich in der Avenida Baralt bis auf zwei Häuserblocks dem Präsidentenpalast von Miraflores genähert hatte. Das Resultat: 18 Tote und rund 100 Verletzte. Etliche Film- und Fotodokumente bezeugen diese Momente – sogar die Szene, in der ein Stadtrat von Caracas, der zur Regierungsfraktion der „Bewegung Fünfte Republik“ zählte, auf die marschierenden Demonstranten schoss. Aber bis heute hat es keine echte Gerechtigkeit gegeben. Eine „Wahrheitskommission“ wurde gebildet, doch es konnte nicht erreicht werden, dass

die entsprechenden Stellen angemessen zur Aufklärung der Ereignisse beitragen.

Inmitten der Schießerei entschließt sich am späten Nachmittag aber eine Gruppe hoher Offiziere, die Befehle von Chávez nicht weiter zu befolgen und den Plan Ávila zu stoppen. Sodann verkündet diese von Vizeadmiral Héctor Ramírez Pérez angeführte Gruppe von Militärs im Rahmen einer im Fernsehen übertragenen Pressekonferenz, dass sie Präsident Chávez nicht weiter anerkenne und seinen Rücktritt fordere.

Etwa gegen Mitternacht in der Nacht zum 12. April gab der Oberkommandierende Lucas Rincón über die Massenmedien bekannt, dass Präsident Chávez seinen Rücktritt erklärt habe und dass daher das militärische Oberkommando ebenfalls zurücktrete. Die Bilder dieser Nachricht gingen um die ganze Welt.

Chávez wird nach Fort Tiuna, dem Sitz des Verteidigungsministeriums gebracht, später bringt man ihn auf den Marine-Stützpunkt der Insel La Orchila in der Karibik. Chávez bat, nach Kuba gehen zu dürfen, doch eine Gruppe von Offizieren verweigerte dies mit dem Argument, Chávez müsse vor der venezolanischen Justiz Rechenschaft ablegen.

Am Freitag, den 12. April, bieten die Streitkräfte angesichts des von Chávez hinterlassenen politischen Vakuums dem Präsidenten der Fedecámaras, Dr. Pedro Carmona Estanga, an, das Amt des Übergangspräsidenten zu übernehmen. Am Nachmittag des gleichen Tages leistet Carmona seinen Amtseid und verkündigt sein erstes und einziges Dekret. Der große Fehler des Dekretes ist, dass Carmona sämtliche Gewalten des Staates auflöst – das Parlament, den Obersten Gerichtshof, die Generalstaatsanwaltschaft, den Rechnungshof, Provinzgouverneure und Bürgermeister. Dies erschreckt viele Menschen, aber ganz besonders jene Offiziere, die ihn eingesetzt hatten; sie bitten ihn um Berichtigung des Dekretes. Carmona reagiert positiv und bietet die Rücknahme des Dekretes an, doch leider war es schon zu spät. Schon war große Verwirrung unter jenen hohen Offizieren entstanden, die Carmona unterstützt hatten.

Beim Leisten des Amtseides ist hervorzuheben, dass tatsächlich eine große Zahl von Persönlichkeiten des Landes kam, um Carmona zu unterstützen, doch der große Abwesende war Gewerkschaftsführer Car-

los Ortega, der bislang die Märsche und Streiks der Opposition organisiert hatte. Auch hatten nur wenige Vertreter der Politischen Parteien dem Schwur des Amtseides beigewohnt.

Am Samstag, den 13. April, wuchs die Verwirrung unter den Offizieren, die Carmona unterstützten, und genau diese Situation nutzten die Chávez-treuen Offiziere aus, so dass mit der Unterstützung vieler Bürgergruppen und der Bolivarianischen Kreise die Rückkehr Chávez' an die Macht erfolgte. Am Samstagnachmittag floh Carmona aus Miraflores, anschließend nahm der Parlamentspräsident, William Lara, Chávez' Vizepräsidenten, Oberleutnant Diosdado Cabello, den Eid als Kommissarischer Präsident ab, bis Chávez in der Nacht zum 14. April seine triumphale Rückkehr feierte. Kardinal Velasco übernahm es sogar, ihn von der Insel La Orchila abzuholen.

Leider kam es am Wochenende des 13. und 14. April zu verschiedenen Plünderungen insbesondere im Westen Caracas', bei denen zusätzlich zu den 18 Toten des 11. April weitere 17 Menschen starben.

Wir meinen, dass dieser so untypische Vorgang auf diese Weise endete, da er weder vorgesehen noch geplant war. Alles geschah spontan, ein Produkt des Zufalls. Daher kann nicht von einem Staatsstreich die Rede sein. Heute glauben wir, dass sich die Übergangsregierung von Pedro Carmona ohnehin nicht lange gehalten hätte. Einerseits genoss Chávez zu diesem Zeitpunkt noch ein gewisses Maß an Popularität und Rückhalt, etwa 30 Prozent (die Hälfte gegenüber dem Beginn seiner Amtszeit). Unmittelbar nach seiner Rückkehr erhöhte sich die Popularität Chávez' bis auf 40 Prozent, allerdings nur für eine bestimmte Zeit.

Andererseits wäre Carmona international nicht anerkannt worden, da er schließlich nicht auf demokratischem Wege an die Macht gekommen war.

■ Die Situation Ende 2002

Ende Dezember 2002 war das Land wegen des unbefristeten Streiks, der vor allem durch den Erdölsektor und die großen und mittleren Unternehmen fortgeführt wurde, wirtschaftlich halb gelähmt. Ohne Zweifel war das bevorstehende Weihnachtsfest für einen Streik nicht unbedingt der beste Zeitpunkt. Deswegen wurde es auch zugelassen und gefördert, dass

die kleinen Läden und die ambulanten Händler ihre Geschäfte in vollem Umfang weiterführten. Das Ganze glich einem richtigen Ausdauerlauf. Die Regierung setzte darauf, dass die Unternehmer früher oder später unterliegen und ihre wirtschaftlichen Aktivitäten wieder aufnehmen würden. Darüber hinaus hatte Chávez dem Erdölsektor damit gedroht, ausländische Spezialisten ins Land zu holen, die die Raffinerien und die jetzt vor Anker liegenden Erdöltanker wieder in Betrieb nehmen sollten. Die Opposition rechnete damit, dass die Paralyisierung der Wirtschaft das Land früher oder später strangulieren würde und Chávez dann nachgeben und zurücktreten müsste. Die Ökonomie Venezuelas genießt sowieso schon international ein sehr schlechtes Ansehen, weshalb tatsächlich niemand mehr dort investieren möchte. Der unbefristete Streik der PDVSA führte zum ersten Mal in der Geschichte dazu, dass Venezuela seinen internationalen Verpflichtungen in Bezug auf die Erdöllieferungen nicht nachkam, wodurch das Ansehen Chávez' in der Welt beschädigt wurde. In der Zwischenzeit hatte sich Mexiko angeboten, anstelle von Venezuela die Erdöllieferungen in die USA zu übernehmen.

In politischer Hinsicht sind wir der Meinung, dass im Grunde genommen das Scheitern von Carmona am 11. April positiv war. Damals war Chávez noch sehr populär und besaß insbesondere im Ausland eine gewisse Glaubwürdigkeit, so dass Carmona auf jeden Fall früher oder später scheitern musste und Chávez schließlich zurückkehren würde. Leider verstand es Chávez bei seiner Rückkehr an die Macht nach dem 11. April nicht, die Gunst der Stunde zu nutzen und legte sich nach sehr kurzer Zeit wiederum mit den verschiedenen Institutionen des Landes an. Auch wenn er wegen des 11. April etwas von seiner Popularität zurückgewonnen hatte, wird er heute nicht einmal von 20 Prozent der Bevölkerung akzeptiert. Chávez hat sogar in vielen gesellschaftlichen Randgruppen und auch bei vielen linken Intellektuellen, die ihn am Anfang so sehr unterstützt hatten, die Akzeptanz verloren.

Man kann behaupten, dass das Grundproblem nicht einmal in der marxistischen Tendenz seiner Regierung, sondern hauptsächlich in der konfliktträchtigen Persönlichkeit Chávez' beruht. Und nicht nur

seine Persönlichkeit, sondern auch die Tatsache, dass er ein ehemaliger Militärangehöriger ist, brachten ihn dazu, zu sehr in die inneren Angelegenheiten der Streitkräfte einzugreifen und sie so zu demoralisieren und zu spalten.

Wie auch immer der Abgang von Chávez aussehen mag, er kann nur durch demokratische Mittel und innerhalb des von der Verfassung vorgesehenen Rahmens erfolgen. Jeder Versuch eines Staatsstreichs, egal welcher Art, ist zum Scheitern verurteilt.

Gegenwärtig kann man von einer Art „technischem Unentschieden“ zwischen Regierung und Opposition sprechen. Unabhängig davon, wer siegt, muss jede Seite die andere in Betracht ziehen.

Die Tatsache, dass die Opposition noch nicht über eine einzige, von allen anerkannte und akzeptierte Führungspersönlichkeit verfügt, ist für Chávez ein Vorteil.

Wenn es deshalb jetzt, wo Chávez der einzige Kandidat der einen Seite ist, Wahlen geben würde, bestünde für die Opposition das Risiko, dass sie mit mehreren Kandidaten antritt und sich damit spaltet. Aber dem Anschein nach ist sich die Opposition immer mehr in ihrem Ziel einig, Chávez abzusetzen.

Eine Tatsache, die Chávez ernsthaft zu schaffen macht, ist die, dass er nicht über eine ausreichende Zahl von Leuten verfügt, die zum Regieren vorbereitet oder befähigt sind. Das zeigt sich an den ständigen Rotationen und Rochaden, die er mit seinen Funktionären anstellt. Wenn es in einem bestimmten Verantwortungsbereich oder einer Funktion keine Kontinuität gibt, schwächt ihn dies sicher noch mehr. Innerhalb weniger Monate wurde in ein und demselben Ministerium mehrmals der Amtsinhaber ausgewechselt. In nur drei Jahren hatten wir bereits vier Vizepräsidenten der Republik. Und die PDVSA hatte unter Chávez schon fünf Präsidenten.

Die größten Probleme gibt es im sozialen Bereich. Die Armut hat enorm zugenommen, aber paradoxerweise ist Chávez daran interessiert, dass es mehr Arme gibt und schiebt dafür den „Oligarchen“ und den Unternehmern die Schuld in die Schuhe, die ihr Personal immer mehr abbauen. Allerdings ist das für Chávez ein zweischneidiges Schwert, da diese Armen früher oder später ihre Hoffnungen und Illusionen verlieren und sich gegen Chávez wenden werden.

Wie wir bereits ausführten, sind wir der Meinung, dass es von jeher zwei Venezuelas gegeben hat, die jedoch in einer gewissen Harmonie zusammen gelebt haben. Durch Chávez sind jedoch die gegenseitigen Ressentiments aufgebrochen und zwischen beiden Seiten entstand ein irreparabler Hass.

Die geistige Struktur und die Wertevorstellungen der Venezolaner sind nicht für ein diktatorisches oder autoritäres System und damit für eine marxistische Gesellschaft geschaffen. Wir brauchen jedoch einige Leute in der Regierung, die es verstehen, Grundnormen für den Wiederaufbau unserer Gesellschaft durchzusetzen. Sie müssen in der Lage sein, mit strenger Hand zu regieren, ohne dass es zu Willkür kommt. Zum Glück ist im Mittelstand noch ein Kern übrig geblieben, der, obwohl er zahlenmäßig kleiner geworden und geschlagen ist, bereit ist, von sich aus das Beste für einen neuen Anfang zu geben. Wir haben dies in der letzten Zeit bei den großen Protestmärschen der Massen gesehen.

Man muss jeden darauf hinweisen, dass uns das Erdöl eher früher als später ausgehen wird und dass wir uns dessen bewusst sein müssen. Es ist dringend notwendig, dass wir echte Maßnahmen ergreifen, um ein für alle Mal die Wirtschaft zu diversifizieren. Wir müssen genug Phantasie aufbringen, um neue Produktionszweige zu schaffen und wir müssen unsere Landwirtschaft stärken.

Wir möchten auf unserer zu Beginn getroffenen Aussage bestehen, wonach es sich nicht nur um ein simples Problem der gerechten Verteilung des Reichtums zwischen Armen und Reichen handelt, sondern dass man zu den tieferen Wurzeln unserer Probleme vordringen muss. Wir möchten nochmals auf das Thema des Bildungswesens verweisen: Paradoxe Weise hat das Bildungswesen in Venezuela die Zerteilung der venezolanischen Gesellschaft immer weiter verstärkt. Die Vorteile der privaten Bildung müssen auch den Ausgegrenzten geboten werden und die staatliche Bildung muss in ihren Grundfesten erschüttert und verändert werden.

Die Stärkung des Bildungswesens muss einhergehen mit der Wiedergewinnung des Familienkonzeptes, das in Venezuela fast verschwunden ist.

Dafür gibt es zwei lebenswichtige Faktoren: Die Kirche und die gesellschaftlichen Kommunikations-

mittel. Wenn diese beiden Faktoren ihre Haltungen und Botschaften nicht verbessern, wird die Sache verloren sein:

- 1) Die Kirche hat ihre Rolle bei der Übermittlung und Konsolidierung der moralischen Werte, insbesondere des Wertes der Familie, ziemlich passiv wahrgenommen. Wir möchten hier daran erinnern, dass mehr als die Hälfte der Bevölkerung Venezuelas nie eine richtig strukturierte Familie kennen gelernt hat und in sehr vielen Fällen die Kinder nicht einmal wissen, wer ihr Vater ist!
- 2) Wir wissen alle in der gesamten Welt um den mächtigen Einfluss der Medien, wenn es darum geht, Werte oder auch Gegenwerte zu vermitteln! Davon hängt die Zukunft des Landes in großem Maße ab.

Für all diese Problemstellungen wird die Stärkung der verschiedenen intermediären gesellschaftlichen Organisationen von lebenswichtiger Bedeutung sein. Die politischen Parteien und die verschiedenen Schlüsselinstitutionen der Gesellschaft müssen gefestigt und gestärkt werden. Es geht darum, erneut die Glaubwürdigkeit in all diese Institutionen zu entwickeln, die als Mittler zwischen der Bevölkerung und dem Staat agieren.

Im Bereich der Sicherheit sind zwei große Fragen zu lösen: Einmal muss der gegenwärtige Niedergang und die Demoralisierung der Streitkräfte und insbesondere ihre Spaltung überwunden werden. Andererseits geht es um die Beseitigung der so genannten Bolivarianischen Zirkel, die in vielen Fällen bewaffnet sind. Überhaupt muss eine große Kampagne zur Entwaffnung der gesamten Bevölkerung geführt werden.

Die Zukunft Venezuelas steht vor einer großen Herausforderung!

Der Text wurde von Stefan Hofmann und Werner Müller aus dem Spanischen übersetzt.